

Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V.

Wolfgang Kleindienst
stellvertr. Landesvorsitzender
07381 Pößneck, Hohe Straße 13
Tel. 03647 423223 --- Fax 03647 442046
Funk 0179 1278183; E-Mail: kleindienst@birso.de

Pößneck, den 30.03.02

Pressemitteilung

Überprüfung Zweckverbände Wasser und Abwasser – Gespräch mit Innenminister Christian Köckert

Die Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben, der Dachverband Thüringer Bürgerinitiativen, diskutierte mit dem Innenminister (IM) am 27.03.02 im Thüringer Innenministerium über die Auswertung der Überprüfung von ca. 186 Wasser- und Abwasserzweckverbänden durch s.g. Prüfgruppen des Innenministeriums. Ausgangspunkt der Überprüfungen sind die von der Bürgerallianz festgestellten und angezeigten Mängel der Kalkulationen und Globalberechnungen. Nach massivem Druck der Bürgerallianz zeigte sich der Innenminister seit Beginn seiner Amtszeit gesprächsbereit und ordnete u.a. diese Überprüfung an. Der Innenminister gab vor Vertretern der Bürgerallianz aus allen Regionen Thüringens folgende Ergebnisse bekannt:

1. die Prüfgruppen setzen sich jeweils aus einem Kommunaljuristen und einem Mitarbeiter mit betriebswirtschaftlichen Wissen zusammen; die Betriebswirte wurden eigens dafür extern eingestellt
2. eine spezielle Auswertung macht z. Z. noch wenig Sinn, da erst Ergebnisse für ca. ein Drittel bis zur Hälfte aller ZV die Ergebnisse vorliegen, aber die Abschlußgespräche bis zum Spätsommer stattfinden sollen – drei Viertel aller ZV wurden bisher geprüft
3. zu den ausgewerteten Berichten sollen dann die ZV Stellung nehmen – nach Rückäußerung findet dann das Abschlußgespräch mit der örtlichen Kommunalaufsicht statt
4. die ZV, die schon ihre Investitionen über Gebühren refinanziert haben (wie z.B. Eisenberg oder Pößneck im Wasserbereich), können auch weiterhin nur über Gebühren refinanzieren, wenn die geltende Rechtsprechung eingehalten wird – wer schon Beitragsrefinanzierung in seiner Satzung hatte, muß regeln, wie die Beiträge behandelt werden, welche schon bezahlt wurden
5. man kann jetzt schon sagen, daß es ZV gibt, die keine kostendeckenden Gebühren und Beiträge erhoben haben – in vielen Fällen wurde die Kalkulation bemängelt, was nicht überrascht
6. Kalkulationen und Globalberechnungen müssen überarbeitet werden
7. es wird vom IM empfohlen, daß bei fehlerhaften Kalkulationen und Globalberechnungen auch rechtskräftige Bescheide mit Abhilfebescheiden versehen werden
8. die Kontrolle und die Prüfung der Kalkulationen erfolgt in Zukunft vom Landesverwaltungsamt in Weimar, nicht wie bisher durch die Kommunalaufsichten
9. die Vielzahl der Aufgabenträger (ZV) kann so nicht bleiben – es müssen größere Einheiten gebildet werden (Fusion)
10. es gibt erfreulich viele Gemeinsamkeiten zwischen IM und Bürgerallianz
11. es fehlen in den Kommunalaufsichten Kommunaljuristen – die Beamten sollen in Zukunft besser geschult werden, d.h. sie sollen die Institutionen Innenministerium, Landesverwaltungsamt und Kommunalaufsicht durchlaufen

Die Bürgerallianz Thüringen wird noch im Sommer mit dem Innenminister erneut zusammenkommen, um über konkrete Ergebnisse und deren Konsequenzen zu beraten. Wir sind uns einig, daß ZV fusionieren sollten, aber nur dann, wenn Einspareffekte kommen und dabei die Gebühren- und Beitragszahler entlastet werden. Wir begrüßen eine Betriebsführung in ZV durch Dritte, wie z.B. regionale Stadtwerke oder Energieversorger. Dadurch soll u.a. die „Mißwirtschaft“ zu Lasten unserer Bürger beendet werden. Die Überprüfung der ZV beim Landesverwaltungsamt sehen wir eher als problematisch an. Auch die Qualität der Kommunalaufsichten muß schnellstens verbessert werden, bis dahin muß deren Arbeit kritisch gesehen werden. Wir begrüßen das Angebot des IM, gemeinsam mit den Bürgerinitiativen und Entscheidungsträgern über die Auswertung der Überprüfung der ZV vor Ort zu diskutieren. Wir kritisieren, daß nicht wie 2001 versprochen, Vertreter aus Bürgerinitiativen in die Prüfgruppen mit eingebunden wurden. Es entsteht der Eindruck, daß man etwas zu vertuschen hat und wir erwarten in Anbetracht der Situation zwei Prüfergebnisse, eines für die Öffentlichkeit und ein internes. Wir rufen die Bürgermeister als Verbandsräte auf, nicht nur ihre Satzungen nach der neuen Mustersatzung umzustellen, sondern auch wenn es möglich ist, schon auf eine reine Gebührenrefinanzierung umzustellen. Es ist dabei auch unbedingt das Kostendeckungsprinzip nach dem Thüringer Kommunalabgabengesetz einzuhalten. Gerade hier haben wir öfters unzulässige Kosten in zweistelliger Millionenhöhe festgestellt, welche für die viel zu hohen Gebühren und Beiträge verantwortlich sind. Die Bürgermeister allein haben nun die Möglichkeit die Weichen in eine neue Gebührenpolitik zu stellen. Sie allein treffen nun die Entscheidung, was unsere Bürger zu zahlen haben. Für eine vernünftige Gebührenpolitik gibt es unsere Unterstützung. Wir rufen schon heute alle Bürger auf, ihre Entscheidung zu den Bundestagswahlen auch von den zu zahlenden Kommunalabgaben abhängig zu machen.

Wolfgang Kleindienst
stellvertr Landesvorsitzender